

Energiewende: Land fördert, Bund bremst

1 **Heute findet der Solarbranchentag der Landesregierung statt. Dort wird unter anderem**
2 **über den neuen Entwurf zum Energiesammelgesetz der Bundesregierung diskutiert.**
3 **Der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT), Rainer**
4 **Reichhold, kritisiert das Gesetz als „kontraproduktiv für die Energiewende“.**

5 „Das Land zeigt mit der Solaroffensive, wie eine zielgerichtete Förderung zum Ausbau der
6 Photovoltaik (PV) aussehen kann. Was die Bundesregierung nun vorgelegt hat, ist nicht nur
7 ärgerlich, sondern konterkariert die Bemühungen der Landesregierung. So wird die
8 Energiewende nicht gefördert, sondern ausgebremst“, so Landeshandwerkspräsident
9 Reichhold.

10 Im Entwurf des Energiesammelgesetzes sind deutliche Kürzungen der Einspeisevergütung für
11 große Photovoltaik-Anlagen vorgesehen. Dies führe dazu, dass bereits kalkulierte
12 Investitionen nicht mehr wirtschaftlich umzusetzen seien. Nicht einmal eine Übergangsfrist sei
13 vorgesehen. Reichhold: „Bereits fertig geplante Anlagen können nun möglicherweise nicht
14 mehr gebaut werden. Wer investiert schon ohne Planungssicherheit? Wie will die
15 Bundesregierung ihre Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien unter derartigen
16 Bedingungen erreichen?“

17 Aufgrund des Gesetzes könnte es darüber hinaus auch zu folgender absurden Situation mit
18 ganz konkreten Auswirkungen kommen: Eine Bäckerei mit eigener Photovoltaik-Anlage stellt
19 ihren Kunden eine kostenlose E-Ladesäule zur Verfügung, damit der produzierte
20 Überschussstrom sinnvoll genutzt wird. Durch das geplante Gesetz wird die Bäckerei derart
21 mit bürokratischen Regularien überfrachtet, das es für sie kaum noch möglich sein wird, den
22 Strom kostenlos zur Verfügung zu stellen. „Der Ausbau der Infrastruktur für Elektromobilität
23 läuft ohnehin sehr zäh. Durch das neue Gesetz wird er noch mehr erschwert. Und: dieses
24 Beispiel ist nur eines von vielen praxisfernen im Entwurf“, kritisiert Reichhold abschließend.

Pressemitteilung
12.11.2018